

Grußwort

RANDOLF RODENSTOCK

Sehr geehrte Frau Professor Harms,
sehr geehrter Herr Professor Klein,
sehr geehrter Herr Professor Papier,
lieber Herr Stärker,

nach der gelungenen Premiere im vergangenen Jahr freue ich mich, dass wir dieses Jahr die Kooperationsveranstaltung zwischen der gfr – Gesellschaft für Rechtspolitik – und unseren Verbänden, der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – und den bayerischen Metall- und Elektroarbeitgebern bayme vbm fortsetzen.

Dass der praxisorientierte Austausch zwischen Recht und Wirtschaft, welcher der Grundgedanke unserer Kooperation ist, in hohem Maße relevant ist, belegen die gesellschaftspolitischen Entwicklungen des vergangenen Jahres.

Der Trend zum Bürgerprotest als Gefährdung

Stuttgart 21 ist zum Symbol geworden für eine Bürgerschaft, die

- grundsätzlich gegen Großprojekte zu Felde zieht,
- diesen Protest auch auf die Straße bringt und
- medienwirksam inszeniert.

In Baden-Württemberg haben wir gesehen, dass die Einbindung solcher Protestbewegungen Wahlen entscheiden kann.

Und wir erleben folgerichtig, dass die politischen Parteien die Lektion aus Stuttgart 21 gelernt haben – nicht zuletzt in Bayern, wo gerade versucht wird, die Auseinandersetzung um die 3. Startbahn

des Münchner Flughafens als Richtungsfrage für die kommenden Landtagswahlen zu instrumentalisieren.

Wenn die Parteien jedoch denen hinterher laufen, die

- am lautesten und wirksamsten ihr Eigeninteresse verfolgen und
- den konservativen Gedanken des „Bewahrens“ als „Verhindern“ eng führen,

dann muss man fragen, ob sie ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Wenn es in Artikel 21 des Grundgesetzes heißt, dass „die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken“, kommt damit gewiss nicht zum Ausdruck, dass Parteien Partikularinteressen über das Gemeinwohl stellen sollten.

Und es bedeutet sicherlich auch nicht, dass die Parteien gerade denen das Wort reden, die einfach dagegen sind, ohne sich konstruktiv den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Ein funktionierender Staat braucht Fürsprecher und keine Verhinderer des Gemeinwohls. Dieses Gemeinwohl muss unter sich verändernden Umfeldbedingungen immer wieder neu errungen und gestaltet werden. Sonst erstarrt ein Land und ist auf Dauer nicht wettbewerbs- und damit existenzfähig.

Die Energiewende als Probe aufs Exempel

Eine Probe aufs Exempel für unser Land ist die Energiewende. Denn wir brauchen auch in Zukunft eine Energieversorgung,

- die Versorgungssicherheit gewährleistet,
- durch die Energie bezahlbar bleibt und
- in der die Erzeugung so umweltverträglich wie möglich erfolgt.

Als exportstarker Industriestandort ist es für Deutschland von existenzieller Bedeutung, dass uns die Energiewende unter diesen Vorgaben gelingt. Wenn wir als vbw und bayme vbm uns dafür aussprechen, dass die Industrie in ihrer gesamten Breite und besonders die energieintensiven Branchen sicher verfügbare Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen brauchen, tun wir das im Interesse unseres Landes. Denn nur, wenn wir unsere industrielle Basis quer

durch alle Branchen halten, wird unser Land ein prosperierender Wirtschaftsstandort bleiben:

- Jede Branche, die verloren geht, ist ein Verlust an Know-How und Arbeitsplätzen, der kaum auszugleichen ist.
- Zudem riskieren wir einen Dominoeffekt: Mit jeder Branche, die abwandert, steigt die Gefahr, dass sich auch andere Branchen verabschieden.
- Schließlich ist ein breit aufgestellter Industriestandort die beste Versicherung gegen allgemeine Wirtschaftskrisen. Dies gilt gerade heutzutage, da die Volatilität auf den globalen Märkten zunimmt und wir verstärkt Branchenkonjunkturen erleben, die weitgehend unabhängig voneinander verlaufen.

Jedem sollte also bewusst sein, dass eine möglichst reibungslose Energiewende eine zentrale Frage des Gemeinwohls ist.

So wie die Beschlüsse zum Ausstieg aus der Kernenergie durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens auf den Weg gebracht worden sind, braucht es jetzt mindestens einen ebenso breiten gesellschaftlichen Konsens, um den Umstieg auf andere Energiesysteme auch zu schaffen.

Wir befürchten jedoch, dass dieser gesellschaftliche Konsens schwieriger herzustellen sein wird. Eine Umfrage, die der vbm – Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie – in diesem Sommer durchführen ließ, kommt zu besorgniserregenden Ergebnissen:

- Zwar stoßen der Ausstieg aus der Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien jeweils bei über 80 Prozent der Befragten auf Zustimmung.
- Jedoch wird der Bau neuer Gas- und Kohlekraftwerke mehrheitlich kritisch gesehen.
- Überwiegend nicht akzeptiert wird der Bau von Hochspannungsleitungen.
- Sehr durchwachsen ist die Stimmungslage bei der energetischen Gebäudesanierung, wenn dies mit steigenden Mietpreisen verbunden ist.

Diesen Ergebnissen entsprechen kommunalpolitische Entwicklungen in Bayern. An vielen Orten machen Bürger mobil gegen

- Energieerzeugungsanlagen,
- Netztrassen oder
- Energiespeicher
vor der eigenen Haustür.

Und sie entsprechen auch einer Umfrage des Allensbach-Instituts zur Akzeptanz von Infrastrukturprojekten in der Bevölkerung:

- Auf die Frage, was wichtig sei, um Deutschland voranzubringen, sprachen sich nur 37 Prozent für den Ausbau von Energieleitungsnetzen aus.
- Dabei wollen 60 Prozent eine langfristig sichere Energieversorgung und 57 Prozent eine starke Industrie.

Dass beides ohne mehr und andere Energietrassen nicht möglich ist, scheint nicht klar zu sein.

- 83 Prozent der Befragten haben grundsätzlich Verständnis für Versuche von Anwohnern, eine Hochspannungsleitung zu verhindern, auch wenn die Mehrheit der Bürger dies befürwortet. Und selbst wenn durch diese Leitung nur Ökostrom fließt, ist dieses Verständnis mit 76 Prozent fast genauso umfangreich.
- Dabei befürworten 79 Prozent Energieversorgungsanlagen in ihrer Region, die Ökostrom produzieren. Wie dieser Strom dann mangels Trassen zum Verbraucher kommen soll, bleibt angesichts solcher Umfragen ein Rätsel.

Rahmenbedingungen für das Gelingen von Großprojekten

Offensichtlich fehlt bei zu vielen Menschen das Verständnis für solche wichtigen Zusammenhänge – oder der Wille, diese wahrzunehmen. Dies gilt nicht nur bei der Energiewende, sondern etwa beim Thema „Verkehrsinfrastruktur“, das für unser Land ein ebenso entscheidender Standortfaktor ist.

Dies ist besorgniserregend – gerade wenn sich der Trend weg von einer parlamentarischen hin zu einer plebiszitären Demokratie fortsetzt.

Damit werden wir nicht mehr Demokratie gewinnen, sondern vielmehr unsere Zukunft aufs Spiel setzen. Ein permanentes Abstimmen

über Einzelfälle könnte aus Deutschland endgültig eine Blockaderepublik machen.

Wenn nach langwierigen politischen und juristischen Verfahren am Ende doch noch eine Volksabstimmung Großprojekte zum Fall bringen kann, wie bei Stuttgart 21, sind nicht nur alle vorausgehenden demokratisch legitimierten Verfahren ad absurdum geführt. Die von Unternehmen dringend benötigte Planungssicherheit ist auch dahin. Wer sollte in solch einem Umfeld noch bereit sein, in größerem Maße zu investieren?

Es ist klar, dass dies ein Irrweg ist, der uns den totalen Stillstand bescheren dürfte. Umso wichtiger ist, dass wir auf Foren wie diesem bessere Lösungswege erörtern, die

- den wachsenden Wünschen der Bürger nach Information und Einbindung ebenso gerecht werden wie
- dem Bedarf der Unternehmen nach Planungssicherheit und effizienteren Planungsverfahren.

Sicherlich ist es sinnvoll, neue Instrumente der Bürgerbeteiligung wie

- Vorerörterungstermine,
- Mediationsverfahren oder
- Planungsdialoge
zu nutzen.

Ebenso notwendig ist es jedoch,

- Raumordnungsverfahren zu straffen, indem etwa raumordnerische Feststellungen erst im Planfeststellungsverfahren erfolgen und so zeit- und kostenintensive Doppelprüfungen vermieden werden, oder
- das Umweltrecht zu optimieren. Besonders problematisch ist die Ausweitung des Klagerechtes für Umweltverbände, das nun weiter geht als die Rechte von Enteignungsbetroffenen oder Nachbarn eines Infrastrukturvorhabens.

Hier brauchen wir eine Rechtsgestaltung und eine Rechtspraxis mit Augenmaß, in deren Rahmen Einzelinteressen im Sinne des Gemeinwohls zum Ausgleich kommen können.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die 2. Bitburger Gespräche wichtige Impulse für solch eine Rechtsgestaltung und Rechtspraxis setzen werden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Kongress.